
FORUM: Multikulturelle Gesellschaft

Lösungen für Konfrontationen finden

Gespräch über die multikulturelle Gesellschaft
mit Daniel Cohn-Bendit*

Daniel Cohn-Bendit, geb. 1945 in Montauban/Frankreich, Studium der Soziologie an den Universitäten Paris und Frankfurt/Main, Berufsrevolutionär, Kindergärtner, Buchhändler, Journalist, Verleger, Stadtrat und Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt am Main.

Frage: Wie hoch ist jeweils der Gehalt an gegenwärtiger Realität, an gesellschaftlicher Vision, vielleicht sogar unerreichbarer Utopie im Stichwort „multikulturelle Gesellschaft“ anzusetzen?

Antwort: Für mich ist es eine objektive Tatsache, daß wir in einer multikulturellen Gesellschaft leben, vor allem in den Städten. Das heißt erst einmal nur, daß in den Städten verschiedene ethnische Gruppen miteinander auskommen müssen, ob sie wollen oder nicht. Daraus ergeben sich eine Fülle von Möglichkeiten und Problemen, die man mit dem Stichwort „multikulturelle Gesellschaft“ umschreiben kann. Meine Antwort lautet also: Die multikulturelle Gesellschaft ist zu 100 Prozent eine Tatsache, zu 100 Prozent eine Wunschprojektion und ebenfalls zu 100 Prozent eine utopische Vision gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Was unterscheidet die beschriebene Realität im einzelnen von der Vorstellbarkeit?

Man vergißt, wenn man von multikultureller Gesellschaft spricht, zu leicht, daß es nicht eine bewußte gesellschaftliche Entscheidung war, die Städte derart umzustruk-

*Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 12. Juni 1989 in Frankfurt/M.

turieren. Es war ja nicht so, daß gutmeinende linke, humanistische oder gewerkschaftliche Gruppen entschieden hätten, unsere Städte seien zu langweilig und müßten durch Italiener, Spanier, Portugiesen, Türken und Jugoslawen belebt werden, die man dann herzlich eingeladen hätte. Vielmehr hat das Kapital, haben die Konzerne Arbeitskräfte gebraucht - und siehe da, es kamen nicht nur Arbeitskräfte, sondern auch Menschen mit ihren Familien, mit ihren Lebensbedürfnissen und Lebensvorstellungen. Das hat mit den Jahren die multikulturelle Gesellschaft geprägt. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir diese objektive Tatsache nun bewußt gestalten müssen, und zwar so, daß es für das Zusammenleben zwischen den Menschen im Alltag positive Auswirkungen hat.

Die Analytiker sind sich weitgehend einig, daß es in der Bundesrepublik so etwas wie eine Zwei-Drittel-Gesellschaft gibt. Ist es angesichts dieses gesellschaftlichen Befundes nicht besonders schwierig, einen Denk- und Diskussionsprozeß über multikulturelle Gesellschaft zu fördern oder ihn sogar praktisch umsetzen zu wollen?

Es lag und liegt nicht in unserer Hand, darüber zu entscheiden, denn wir haben die multikulturelle Gesellschaft ja bereits, und die Ausländer sind Teil der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Man kann sich auch keine Rückwärtsbewegung mehr ausdenken, denn dann würde die gesamte gesellschaftliche Struktur zusammenbrechen. Deswegen halte ich die Frage so für falsch gestellt. Umgekehrt wird ein Paar Schuh daraus: Eben weil wir diese krisenhafte und unsichere Situation haben, ist es um so wichtiger, daß die Gesellschaft, daß die Menschen sich bewußt werden, wie das Leben aussehen könnte oder auszusehen hat.

In den USA, wo es ja traditionell eine Vielzahl ethnischer Minderheiten gibt, ist die Problematik, insbesondere im Fall der Schwarzen, vielfach durch Ghettoisierung „gelöst“ worden. Ist das vielleicht ein beispielhaftes Modell?

Mit der „Ghettoisierung“ ist es ein bißchen kompliziert. Es ist ja durchaus verständlich, daß Menschen, die irgendwo einwandern, sich erst einmal zusammenschließen - das hat zum Beispiel auch die jüdische Emigration in Amerika getan. Das Problem, daß die amerikanische Gesellschaft die reale multikulturelle Situation so verarbeitet hat, daß die Menschen gesellschaftlich und juristisch in Menschen erster und zweiter Klasse eingeteilt werden, besteht inzwischen schon Jahrhunderte. Je länger diese Situation - die Schwarzen als Sklaven, die Schwarzen als Unterschicht und so weiter-andauert, um so schwerer wird es für die ganze Gesellschaft, sie zu ändern. In diesem Prozeß befinden sich die Vereinigten Staaten - es geht dabei in der Tat um einen gigantischen gesellschaftlichen Umschwung. Wenn wir die Entwicklung bei uns sozusagen naturwüchsig weiterlaufen lassen, können wir eines Tages vor Probleme ähnlicher Größenordnung gestellt sein. Wir werden uns noch wundern, wenn sich dann auf der einen Seite eine Ghetto mentalität entwickelt, und die übrige Bevölkerung mit Aggressionen darauf reagiert. Um das zu verhindern, muß man jetzt mit einer anderen Politik beginnen.

Noch einmal zur Konkretisierung des Begriffs der multikulturellen Gesellschaft: Soll man darunter das Nebeneinander sehr unterschiedlicher, vielleicht sogar unvereinbarer Kulturen verstehen oder die Integration vieler Kulturen in den einzelnen Personen, also gewissermaßen die personelle multikulturelle Assimilation?

Das geschieht ganz unterschiedlich. Problematisch ist, daß wir jahrelang von einem Integrationsmodell ausgingen, das - wenn man es böse ausdrückt - im Grunde von der Idee der Germanisierung der Emigranten ausging. Darum kann es natürlich nicht gehen. Es muß vielmehr so sein, daß die verschiedenen Kulturen miteinander, nebeneinander und gegeneinander leben können. In einem solchen Prozeß können sich die

jeweiligen Kulturen auch ändern: sie sind einerseits autonom und haben andererseits eine Berührungsfläche, wo sie sich wandeln. Mir geht es darum, beides zu ermöglichen, sowohl die Eigenständigkeit als auch die Verschmelzung. Voraussetzung ist allerdings, daß anerkannt wird, daß es Unterschiede und verschiedene Strukturen gibt, so daß das Anderssein auch ausgelebt werden kann. Dann entstehen Selbstsicherheiten, dann ändern sich Kulturen manchmal auch. Das kann man am Beispiel der Türken sehen, die ja in der Türkei als „Deutschländer“ bezeichnet werden und hier bei uns als Ausländer. Sie sind Türken und trotzdem sind sie in der Türkei schon nicht mehr so wie die anderen Türken. Je länger die Emigrationszeit dauert, desto mehr verändern sich die Menschen, aber sie werden auch nicht ganz und gar Deutsche. Es entsteht sozusagen etwas Neues - das ist das Positive und Spannende.

Die Vorstellung ist ja sympathisch. Aber bedarf es für einen solchen schwierigen Prozeß nicht eines Katalysators?

Für mich gibt es einen wesentlichen Katalysator, der die multikulturelle Gesellschaft positiv fördern kann - das ist die zweite Generation. Es ist die Generation derjenigen - sie sind mittlerweile 20,25,30 Jahre alt -, die hier geboren wurden und die im Hinblick auf die Identität andere Bedürfnisse haben als die Elterngeneration. Diese Gruppe hat nach meinem Eindruck das stärkste Interesse an positiver Veränderung.

Ist nicht ein ganz wichtiges Indiz für die praktische Akzeptanz von „multikultureller Gesellschaft“ die Rate der Ehen oder ähnlicher Verbindungen zwischen Ausländern und Einheimischen?

In Frankfurt gibt es 20 Prozent Ausländer, und 26 Prozent der Ehen sind binationale Ehen. Ich glaube, daß es immer mehr solcher Beziehungen zwischen Ausländern und Deutschen ebenso gibt wie zwischen verschiedenen Ausländergruppen.

Ist es richtig, daß ein anderes wichtiges Kriterium für die Akzeptanz von „multikultureller Gesellschaft“ die Haltung der gesellschaftlichen Eliten dazu ist?

Entscheidend wichtig ist für mich, daß es gelingt, für das Projekt der multikulturellen Gesellschaft eine intellektuelle Öffentlichkeit zu mobilisieren. Denn nur, wenn diese intellektuelle Schicht sich wirklich mit Leib und Seele in ein solches Projekt integriert, wenn sie es fördert und sich damit auseinandersetzt, wird der gesellschaftliche Diskurs über multikulturelle Gesellschaft sich ändern und wird die Akzeptanz größer werden.

Der sogenannte Diskurs ist das eine, das andere ist die alltägliche Praxis. Ist es nicht so, daß viele von denen, die unmittelbar mit Ausländern, Asylanten, Aussiedlern in Berührung kommen, etwa in Wohnbereichen, nicht viel von „multikultureller Gesellschaft“ halten dürften und politisch mehr und mehr nach rechts gehen?

Ich würde die Unterprivilegierten oder sozial Schwachen nicht zu schnell in Bausch und Bogen in das rechte Lager verabschieden. Unter denen, die so denken, ist auch eine ganze Reihe von traditionell sozialdemokratischen Wählerschichten. Aber damit ist das Problem derer, die tagtäglich mit den neuen gesellschaftlichen Gruppen konfrontiert werden, nicht aus der Welt geschafft. Ich bin der Meinung, daß man die sozialen Bedingungen dieses Zusammenlebens so verändern muß, daß es nicht einseitig auf dem Rücken von gesellschaftlichen Gruppen ausgetragen wird, die damit nicht fertigwerden. In konkreten Fragen des Zusammenlebens - etwa des Schulunterrichts oder der Wohnungsvergabe - muß man behutsam mit den Betroffenen reden, ihnen die Möglichkeit geben, ihre Vorwürfe, ihre Ablehnung zu artikulieren, damit sie diese überwinden können. Es gibt ja durchaus auch konkrete Gründe für Schwierigkeiten.

Diese Gründe muß man aufgreifen und verändern. Daneben gibt es rassistische Vorurteile, die man in der Auseinandersetzung durchstehen und im konkreten Dialog bekämpfen muß. Diese Doppelstrategie ist ganz wichtig.

Offenbar hat es bei den Aussiedlern ja tatsächlich die eine oder andere Bevorzugung bei der Wohnungsvergabe oder der Altersversorgung gegeben. Aber das Gros der Ausländer gehört sicher nicht zu den materiell gesegneten oder bevorzugten Kreisen. Kann es ein Problem werden, wenn viele von ihnen an den sozialen Rand der Gesellschaft rutschen?

Ich würde da schon sehr unterscheiden. Die Mehrheit der Arbeitsemigranten zum Beispiel ist seit mehr als 10 Jahren hier. Sehr viele von ihnen, sicher zwei Drittel, sind voll in den Arbeitsprozeß integriert. Für sie gilt es, die gesellschaftliche, kulturelle Integration zu erreichen, analog zu der, die im Arbeitsprozeß stattgefunden hat.

Dann zu den Asylbewerbern: In ihrem Fall muß eine gesellschaftliche Sensibilität geschaffen und gestützt werden, die die Anerkennung der Gründe, warum Asylbewerber hierherkommen, auch wirklich massenhaft durchsetzt. Drittens geht es um die Aussiedler. Ich betrachte sie wie Asylbewerber und akzeptiere sie auch als Asylbewerber, weil sie Menschen sind, die es - aus welchen Gründen auch immer - in den Ländern, aus denen sie kommen, nicht aushalten. Sie sollten wie Asylbewerber behandelt werden - nicht schlechter und nicht besser. Es sind ja auch nicht bessere oder schlechtere Menschen. Man muß aufpassen, daß man nicht privilegierte Asylbewerberschichten schafft, die dann etwa beim Wohnungsbau bevorzugt werden. Die Aussiedler belegen, daß es Gründe gibt, warum Menschen in ihren sozialen Zusammenhängen nicht mehr leben können und wollen. Deswegen fliehen sie - das gleiche gilt zum Beispiel für die Tamilen. Eine reiche Gesellschaft hat die soziale Pflicht, diese Menschen aufzunehmen.

Aber diese reiche Gesellschaft muß dann auch bereit sein, von ihrem Reichtum faktisch abzugeben oder, um es pathetisch auszudrücken: mit ihnen zu teilen.

Ich glaube nicht, daß abgegeben werden muß. Es wird ja oft beklagt, daß es auf der einen Seite Arbeitslose gibt, auf der anderen Seite zu wenige Menschen, die bestimmte „niedrige“ Arbeiten verrichten. Wenn man Asylbewerbern die Möglichkeit geben würde zu arbeiten, würde die Frage der Arbeitslosenhilfe zum Beispiel kaum noch existieren. Sicherlich kann es hier und da gesellschaftliche Kosten geben, aber angesichts der langfristigen demographischen Probleme unserer Gesellschaft fallen die nicht sehr ins Gewicht. Ich finde es verlogen, daß einerseits gejammert wird, wir hätten zu wenig Menschen in der Bundesrepublik und andererseits beklagt wird, wir hätten zu viele. Beides kann ja nicht gleichzeitig wahr sein.

Aber empfinden es viele der sozial Schwachen nicht doch so, daß Aufnahme und Versorgung von Aussiedlern und Asylanten zu ihren Lasten gehen?

Das ist ohne Zweifel richtig. Deswegen ist es die Aufgabe von Gewerkschaften, von Kirchen und so weiter, ganz pragmatisch und konkret aufzuzeigen, daß das nicht stimmt. Die Aussiedler haben - was ja wohl auch einer der Gründe für den Stimmenzuwachs der Republikaner ist - latente gesellschaftliche Ängste hervorgebracht, deren bildliche Ausdrücke Wohnungsangst und Arbeitsplatzangst sind. Ob die Aussiedler oder die Asylbewerber etwas dafür können, spielt eine ganz andere Rolle. Wir müssen den Leuten also, ohne sie für verrückt zu erklären, klarmachen, daß die Probleme eben nicht mit „Aussiedler raus“ oder „Ausländer raus“ zu lösen sind.

Was hat die latenten Ängste denn virulent werden lassen?

Ich glaube, daß die Menschen sich ungerecht behandelt fühlen. Während es schon eine große Zahl von Menschen in dieser reichen Gesellschaft gibt, deren Probleme nicht gelöst sind, kommen immer neue hinzu, deren Probleme ebenfalls nicht gelöst werden können. Das wird als ungerecht empfunden. Wenn dann jemand sagt: „Bei uns würden die alle rausfliegen“ - dann wird er gewählt. Aber die Komplexität der Welt wird nun einmal nicht dadurch einfacher, daß sie auf simple Begriffe gebracht wird. Entscheidend ist, daß Lösungen für Konfrontationen gefunden werden. Das kann und muß in erster Linie mit Projekten in überschaubaren Räumen geschehen.

Was ist darunter im einzelnen zu verstehen?

Zum Beispiel eine Stadtteilentwicklung, die die verschiedenen Lebensformen im Stadtteil berücksichtigt; zum Beispiel Schulen, Jugendhäuser, Märkte, Basare. Also all das, was wirklich den Alltag ausmacht.

Nehmen wir das Beispiel Schule. In manchen Schulen ist der Anteil ausländischer Kinder inzwischen so hoch, daß die Eltern der deutschen Kinder auf die Barrikaden gehen. Ein Vorbote der „multikulturellen Gesellschaft“?

Die Frage ist, wie man die schulischen Bedingungen so ändern kann, daß sowohl die Ausländer sich wohlfühlen, daß sie ihre eigene Sprache, ihre eigene Kultur entwickeln und ausleben können, als auch die Deutschen das Gefühl haben, daß die Schule ihren Kindern gerecht wird. Das sind besondere Aufgaben für Lehrerinnen und Lehrer, und die Städte müssen die Möglichkeiten zur Verfügung stellen. Wenn man dagegen alles naturwüchsig laufen läßt, geht man einer explosiven Situation entgegen. Notwendig sind pädagogische Experimente, durch die auch chaotische Situationen produktiv aufgefangen werden können.

Was aber, wenn solche Experimente scheitern? An der Grundschule zum Beispiel hat man nur vier Jahre Zeit.

Man merkt doch ziemlich schnell, ob es scheitert, sich gegenseitig kennenzulernen, sich zu akzeptieren und voneinander zu lernen. Wenn die Kinder merken, daß verschiedene Menschen andere Lebensmittelpunkte und Lebensorientierungen haben, dann kann das sehr produktiv sein. Generell will ich noch einmal betonen, daß man offensiv und bewußt an die zugegebenermaßen großen und vielfältigen Probleme herangehen muß.

Die Gewerkschaften sind für mich das beste Beispiel dafür, wie man ängstlich an die Fragen herangehen kann. Sie haben Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Klientel, denn die ist ja weder ausländerfreundlich noch multikulturell. Auf der Ebene des Betriebes gibt es eine gewisse Solidarität, aber im Alltagsleben ist das keineswegs so. Ich glaube nicht, daß man die Gewerkschaftsmitglieder vor den Kopf stoßen und ihnen Borniertheit vorwerfen muß. Ich glaube, daß man die Diskussion, warum es diese Ängste und diese Ablehnung gibt, Schritt für Schritt führen muß: und zwar offensiv, breit und ruhig. Ich fürchte allerdings, daß es bei der SPD und den Gewerkschaften die Tendenz gibt, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Es hat viele Jahre gedauert, bis sie sich in den Bereichen des Ausländerwahlrechts oder der Doppelstaatsangehörigkeit bekannt haben. Die Begründung lautete stets: Unsere Mitglieder und Wähler wollen das nicht, wir müssen ganz langsam und vorsichtig vorgehen. Das waren halbherzige Angelegenheiten. Dabei ist doch ganz klar: Eine Gesellschaft, die 4 Millionen Menschen von der demokratischen Willensbildung ausschließt, kann sich nicht vollmundig „Demokratie“ nennen.